



**Altersarmut  
zurückdrängen!**

**DIE LINKE.**

Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Menschen haben ein sorgenfreies Leben im Alter verdient. **Soziale Sicherheit bedeutet mehr als Nahrung oder Kleidung:** Sie bedeutet, am Leben teilhaben zu können, anstatt ins gesellschaftliche Abseits gedrängt zu werden. Immer mehr Menschen in Sachsen droht jedoch ein sorgenvoller »Ruhestand«, in dem sie sich bis zum Sterbebett täglich fragen müssen: **Reicht das Geld?**

Im Freistaat gibt es rund eine Million Altersrentner\*innen. Viele kommen schon heute nicht oder kaum über die Runden. Besserung ist nicht in Sicht: **Das Rentenniveau sinkt seit Jahren.** Lag es zu Zeiten der Kohl-Regierung noch bei durchschnittlich 53 Prozent des letzten Nettolohnes, soll es bis 2029 auf 43 Prozent sinken. Gegenwärtig liegt es schon bei nur noch 48 Prozent. Mehr als **zwei Drittel der Älteren erhalten heute eine Rente von weniger als 1.000 Euro**, bei Frauen sind es fast 90 Prozent. Die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden hat sich seit 2003 fast verdoppelt. Auch Erwerbsminderungsrenten liegen in der Regel unter der Armutsgrenze. Rentenerhöhungen wie die zum 1. Juli 2016 um 4,25 Prozentpunkte in West- und 5,95 Prozentpunkte in Ostdeutschland sind zwar erfreulich – die Lage von Altersarmen lindern sie aber kaum. Immer mehr Menschen sind gezwungen, im Alter zu arbeiten: Die Zahl der geringfügig Beschäftigten, die älter als 65 Jahre sind, stieg in Sachsen seit 2008 um 14 Prozent.

Vor allem Langzeitarbeitslose in Hartz IV-Bezug werden massenhaft mit Abschlägen zwangsverrentet. Insbesondere für sie ist Altersarmut vorprogrammiert. Doch auch **alle anderen leiden unter der Erhöhung des Renteneintrittsalters.**

Die Rentner\*innen in Ostdeutschland traten 2014 durchschnittlich mit 63,6 Jahren in den Rentenbezug ein, vor allem aus gesundheitlichen Gründen. Sie müssen teils empfindliche Einbußen hinnehmen. Auch lückenhafte Erwerbsbiografien und geringe Löhne verschärfen die Altersarmut weiter.

**Was tun? Die gesetzliche Rentenversicherung stärken!** Schon oft wurde ihr Ende vorausgesagt, weil es wegen des demografischen Wandels zu wenige Beitragszahler\*innen gebe. Diese Argumentation ignoriert mindestens die Entwicklung der Produktivität: Aufgrund des technologischen Fortschritts können immer weniger Menschen in kürzerer Zeit größere Werte erarbeiten. Dennoch stimmt auch die CDU-geführte Staatsregierung das Loblied auf private Vorsorge an – wer sie sich nicht leisten könne, dem müsse eben die Grundsicherung reichen. Eine Altersvorsorge nach dem Kapitaldeckungsprinzip ist aber nur für Banken und Versicherungen eine Profitquelle.

Die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung lassen sich lösen, ohne das Renteneintrittsalter zu erhöhen. **Es müssen einfach alle Einkommensbezieher\*innen einzahlen** – auch Rechtsanwält\*innen, Selbstständige, Abgeordnete oder Beamt\*innen. Wer mehr als 6.200 Euro (West) bzw. 5.400 Euro brutto im Monat (Ost) verdient, soll Rentenbeiträge auf das gesamte Einkommen entrichten, also nicht mehr durch eine »Beitragsbemessungsgrenze« geschont werden. Für Spitzenverdiener\*innen muss die Rentenhöhe gedeckelt werden. Außerdem müssen soziale Lebensleistungen wie Kindererziehung und Pfllegetätigkeit stärker berücksichtigt werden.

So lässt sich die gesetzliche Rente retten und eine armutsfeste Mindestrente schaffen. Auch **die Renteneinheit muss endlich her:** Wir wollen den Rentenwert Ost schnell und stufenweise auf das West-Niveau erhöhen, die Mehrkosten aus Steuermitteln finanzieren. Ostdeutsche Einkommen sollen hochgewertet bleiben, solange sie systematisch niedriger sind als im Westen. Nicht zuletzt muss der Mindestlohn angehoben werden, damit er vor Altersarmut schützt.

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,  
Telefon: 0351/493-5800, Fax: 0351/493-5460  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann, Stand: Juli 2016  
linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de*